



Schlussklärung des Seminars „Migration und Mobilität von Arbeitnehmer/innen in Europa“ der EBCA vom 15. bis 18. Mai 2008 in Barcelona

Die EBCA hat sich bei ihrem Seminar vom 15. bis 18. Mai 2008 in Barcelona mit dem Thema „Migration in Europa“ befasst. Dabei wurde im Besonderen die Situation der sogenannten illegalen Einwanderer sowie der Flüchtlinge und Asylbewerber analysiert und bewertet. Bereits bei einem Seminar der EBCA vom 10. bis 13. Mai 2007 in Sevilla wurden grundlegende Zusammenhänge und Konsequenzen, die sich mit dem Thema Migration stellen, besprochen und beschrieben (siehe Erklärung von Sevilla vom 13.5.2007). Hierbei ist an zentrale Aussagen von Sevilla zu erinnern.

„Die EBCA setzt sich für eine positive Einbürgerungskultur in Europa ein und wendet sich gegen die Vorstellungen von der „Festung Europa“. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten müssen im Kontext der internationalen Weltgemeinschaft die Ursachen für Migration, Flucht und Vertreibung wirksam bekämpfen. Ein wesentliches Element ist dabei die Bekämpfung der Armut weltweit um eine globale Gerechtigkeit zu erreichen.....Die Europäische Union muss eine einheitliche Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik konzipieren, die dem Maßstab der Menschenwürde gerecht werden.....Die Genfer Flüchtlingskonvention muss uneingeschränktes europäisches und gerichtlich überprüfbares Recht werden.....Jeder Mensch ist von seiner Person und seiner Würde her mit Rechten ausgestattet. Diese Rechte gilt es anzuerkennen, sie können nicht von Staaten oder Regierungen verliehen werden.....Migrantinnen und Migranten sind nach unserem christlichen Verständnis unsere Schwestern und Brüder. Gott aus ganzem Herzen lieben, heißt, den Nächsten lieben, wie sich selbst. Migranten/innen aufnehmen, heißt, Gott in unsere Mitte aufnehmen. Das Evangelium der Nächsten- und Fremdenliebe (Mt 22, 34 – 40) fordert entschiedene Taten der Solidarität mit Fremden. Die Würde des Menschen ist vor Gott verbürgt. Dieses Verständnis schärft die Sensibilität für das Schicksal der Migranten/innen unabhängig von deren religiöser und nationaler Zugehörigkeit..... „

In Ergänzung zu den Schlussfolgerungen von Sevilla wurden in Barcelona folgende weiterführende Überlegungen angestellt:

-Migration fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den verschiedenen Teilen der Welt. Sie ist Ausdruck der Globalisierung und ein Phänomen, das in vielerlei Hinsicht etwas Selbstverständliches und höchst Notwendiges ist. Migration enthält die Chance, das Bewusstsein von einer einzigen Welt zu schaffen, von gemeinsamer Verantwortung für Entwicklungen dieser einen Welt in allen Teilen. Migration schafft ein Bewusstsein dafür, dass die Begegnung mit Menschen anderer Kulturen nicht etwas ist, was uns bedroht, sondern etwas Bereicherndes.

-Wir stellen nach wie vor eine steigende Ungerechtigkeit in der Verteilung der Güter und Lebenschancen in allen Ländern der Europäischen Union und weltweit fest. Diese Ungerechtigkeit zwingt vielfach Menschen zu immigrieren, auf legale oder auch auf eine sogenannte illegale Weise; das heißt, ohne Einreisedokumente, ohne Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis, also ohne Papiere. Die Institutionen der EU betreiben eine menschenverachtende Sicherheitspolitik, die sich symbolisch daran zeigt, dass man die

Grenzzäune an den Außengrenzen der EU erhöht. Dadurch versucht man das Versagen in der Wirtschaft-, Außen- und Entwicklungspolitik zu kompensieren.

-Die EBCA wendet sich gegen Vorstellungen politische Maßnahmen in erster Priorität wirtschaftlichen Erfolgskriterien auszusetzen. Dies beinhaltet auch die Vorstellung es sei erfolgversprechend Einwanderung zu steuern, in dem man besonders qualifizierte Arbeitnehmer/innen anwirbt und Armutsflüchtlinge fernhält.

-Weiterhin wendet sich die EBCA gegen Tendenzen sogenannte illegale Einwanderung zu kriminalisieren oder gar einer Strafverfolgung auszusetzen. Jedes Gesetz, das nicht die Person, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, von seiner Kultur und Religion, oben anstellt, ist ein falsches Gesetz. Politik und Behörden in den Einreiseländern müssen dafür sorgen, das möglichst schnell eine Regularisierung, d.h. eine Aufhebung des illegalen Status betrieben wird.

-In der EU gibt es Bestrebungen einheitliche Regelungen zu schaffen, in dem Flüchtlinge, Asylbewerber und sogenannte illegale Migranten bis zu 18 Monaten und unter Umständen noch länger in Gewahrsam genommen werden können. Dabei kommen Aufnahmelager vielerorts einer Inhaftierung gleich. Stattdessen ist es notwendig Flüchtlinge und Asylbewerber und ihre Familien entsprechend zu betreuen und begleiten sowie zu einer Integration in die Aufnahmeländer zu verhelfen.

-Gerade von Politikern und politischen und wirtschaftlichen Eliten werden häufig mit Bezug auf die Einwanderung Bedrohungsszenarien entwickelt. Gerade in Zeiten, wo Wahlkämpfe stattfinden, werden auf dem Rücken von Migranten Ängste geschürt. Die EBCA wendet sich gegen diesen immer wiederkehrenden Rechtspopulismus.

Die EBCA stellt sich selbst vor folgenden Herausforderungen:

In Erinnerung an zentrale Aussagen in der Erklärung von Sevilla, werden wir uns in Bezug auf folgende Aspekte weiter engagieren:

-die Bildungsarbeit für unsere Mitglieder und Aktivisten werden wir intensivieren. Existenzängsten gilt es zu begegnen durch das Aufzeigen von wirklichen Zusammenhängen

-Fremdenfeindlichen Tendenzen wollen wir uns entgegensetzen und rechtspopulistische Argumentationsmuster wollen wir entlarven. Wir werden uns kritisch mit Medien und ihre Berichterstattung auseinandersetzen, die diese Tendenzen forcieren.

-Wir wollen Bündnisse schließen und Netzwerke bilden mit christlichen Gruppen, der Migranten-Pastoral, NGOs und Gewerkschaften

-Wir wollen die Kommunikation und den Dialog mit den Migrantenorganisationen verstärken, interkulturelle Basisgruppen bilden, das Gespräch suchen mit muslimischen Gemeinden in unseren Kirchen und in ihren Moscheen

-Wir wollen uns mit dem Leben von Migrantinnen und Migranten und ihren Familien vertraut machen, sie besuchen, Nachbarschaftsgemeinschaften gründen, Kontakte zu Schulen aufnehmen und einander nahe sein. Wir suchen besonders auch den Kontakt zu muslimischen Frauengruppen

-Wir wollen konkrete Hilfen anbieten in den Betrieben, bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Beratung anbieten und auf Organisationen hinweisen, die weitere Hilfen anbieten können, wie z.B. die Gewerkschaften.

-Eine besondere Herausforderung sehen wir in der Phase der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 2009. Wir werden verstärkt den Kontakt und das Gespräch mit Politikern und Kandidatinnen und Kandidaten in Europa suchen um unsere Positionen zum Thema „Einwanderung“ zu diskutieren.

Barcelona, 18. Mai 2008